

MIKROFUNDIERTE MAKROÖKO- NOMISCHE RESULTATE DER OSTDEUTSCHEN TRANSFORMATIONS- WIRTSCHAFT

UDO LUDWIG

Leiter der Abteilung Makroökonomik am IWH von 1992 bis 2009

HISTORISCHER UND INSTITUTIONELLER HINTERGRUND

Mit zunehmend zeitlichem Abstand seit der Wiederenstehung eines vereinten Deutschlands schwindet im Alltag das Wissen und in Forschung und Lehre das Verständnis der bewegenden Kräfte um dieses historisch einmalige und bis in die Gegenwart nachwirkende Ereignis. Die Zeitzeugen und die Mitgestalter der damit verbundenen Transformation einer Zentralplanwirtschaft verlassen altersbedingt die Bühne, und die nachrückenden Generationen wenden sich anderen Herausforderungen zu. Denn heute stehen erneut, aber ganz anders geartete Transformationsprozesse auf der Tagesordnung: Gefragt sind Antworten auf den Klimawandel, den Ausstieg aus der Energiegewinnung durch fossile Brennstoffe, die Digitalisierung der Produktions- und Verbrauchsprozesse, die Verkehrswende und anderes. Schnell wird dann die Transformation einer ganzen Wirtschaftsordnung von der Agenda verdrängt, und die systemischen Zusammenhänge sowie das Verständnis der längerfristigen Folgen dieses historischen Wendepunktes für Deutschland treten in den Hintergrund und geben den Platz frei für oberflächliche Vereinfachungen. Der Systemwechsel verschwindet im sprachlichen Alltag hinter Schlagworten wie "Wende" und Ost-West-Vergleiche, in denen historische Bruchstellen geglättet bzw. sozioökonomische Inhalte durch die Projektion auf Himmelsrichtungen ersetzt werden. Selbstverständlichkeiten aus der Zeit des Umbruchs gehen unter oder werden durch Halbwahrheiten verzerrt wiedergegeben.

Fast 30 Jahre nach dem historischen Einschnitt in Deutschland ist es an der Zeit, sich auf den Kern der Dinge zu besinnen und die Berichte sowie Analysen der Entwicklung der Transformation der ehemaligen DDR-Wirtschaft inhaltlich und nicht geographisch wieder scharfzustellen. Dazu liefert die Festschrift für Gerhard Heimpold einen trefflichen Anlass, für einen Wirtschaftsforscher, der von Anfang an die Transformation der ostdeutschen Wirtschaft auf einigen Feldern wissenschaftlich begleitet und analysiert hat. Mein Aufsatz befasst sich mit drei Kernprozessen der Transformation: dem Umbau an der wirtschaftlichen Basis, dem Aufbau eines neuen Kapitalstocks und der Entwicklung von Leistung und Wohlstand in der ostdeutschen Transformationswirtschaft.

DIE ENTSTEHUNG VON UNTERNEHMEN IN DER OSTDEUTSCHEN TRANSFORMATIONSWIRTSCHAFT

DAS MARKTWIRTSCHAFTLICHE TRANSFORMATIONS- GEBIET – KEINE SIMPLE OST-WEST- DICHOTOMIE

Mit dem Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR und dem zwischen beiden Staaten später abgeschlossenen Einigungsvertrag stand seit Mitte des Jahres 1990 die Einführung einer sozialen Marktwirtschaft bundesrepublikanischer Prägung im Beitrittsgebiet auf der Agenda. Das Beitrittsgebiet umfasste geographisch die am Ende der DDR wieder gebildeten ostdeutschen Flächenländer und Berlin-Ost. Die östlichen und die westlichen Stadtbezirke Berlins wurden laut Einigungsvertrag zum Land Berlin zusammengeführt,¹ sodass die statistische Vermessung der Entwicklung von wirtschaftlicher Leistung und Wohlstand im Transformationsgebiet räumlich neu abgegrenzt werden muss. Geographisch befindet sich das Land Berlin im Osten, sozioökonomisch gehört es allerdings eher zum Westen Deutschlands, zur Gruppe der Alten Bundesländer. Der Westteil Berlins war 1991 etwa doppelt so groß und wirtschaftlich produktiv wie der Ostteil und war auch in den Jahren der deutschen Teilung marktwirtschaftlich organisiert geblieben. Zudem vermischen sich seit der Vereinigung Umgestaltungen an der wirtschaftlichen Basis in den Ostbezirken mit konjunkturellen Entwicklungen auf marktwirtschaftlicher Grundlage in den Westbezirken. Innerstädtisch kommt es zu Wanderungen von Unternehmen, Einwohnern und Beschäftigten. Hinzu kommen die Einflüsse auf die Wirtschaft, die von der Wahrnehmung der Hauptstadtfunktionen auf ganz Berlin ausgehen.

Die Transformationswirtschaft im Osten Deutschlands lässt sich so am adäquatesten auf Basis der Datenlage in den fünf Flächenländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen beschreiben und analysieren, auch wenn damit das ursprüngliche Transformationsgebiet nicht vollständig umfasst wird. Statistisch betrachtet ist es die Gruppierung der Neuen Bundesländer ohne Berlin. Referenzgröße für innerdeutsche Vergleiche zwischen Transformationswirtschaft und hochentwickelter Marktwirtschaft sind dann die Alten Bundesländer, einschließlich Berlin, wenn Deutschland als Gesamtheit erfasst, und ohne Berlin, wenn der Sonderstatus der Hauptstadt ausgeklammert werden soll.

1 Vgl. Vertrag der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertrag, Kapitel I, Artikel 1, Absätze (1) und (2).

DER ÜBERGANG VOM VOLKSEIGENEN BETRIEB ZUM WETTBEWERBSFÄHIGEN PRIVATEN UNTERNEHMEN

Das neue Regelwerk für das Beitrittsgebiet erfasste alle Bereiche der Gesellschaft. Für die Wirtschaft sah es im Kern die Entwicklung leistungsfähiger Unternehmen vor, die mit wettbewerbsfähigen Produkten die Grundlagen für Wachstum und gesicherte Beschäftigung schaffen.² Sie bildeten unter den neuen marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen die entscheidenden Elementarteilchen der Wirtschaft, bevor die Resultate ihres Verhaltens als Massenerscheinung zum Gegenstand der Makroökonomie werden. Bei Brüchen an der wirtschaftlichen Basis der Gesellschaft tut es Not, die gesamtwirtschaftlichen Resultate in diesem Zusammenhang zu sehen. Deshalb wird hier der Blick zunächst auf eine wesentliche Änderung an der wirtschaftlichen Basis der Gesellschaft gerichtet: die Wiedergeburt eines Unternehmenssektors in der ostdeutschen Transformationswirtschaft.

Privates Unternehmertum war in der DDR seit ihrer Gründung systematisch zurückgedrängt worden. Am Ende gab es nur noch Überbleibsel im Handwerk, der Landwirtschaft und im Handel.³ Es existierte streng genommen kein Unternehmertum mehr. Die Wirtschaft außerhalb von Landwirtschaft und Handwerk wurde von den im Eigentum des Staates befindlichen Betrieben und Betriebsvereinigungen, so genannten Kombinat, dominiert, deren Aktivität vom Staat zentral vorgegeben und von Betriebs- bzw. Kombinatleitern vor Ort ausgeführt wurde. Unter diesen Ausgangsbedingungen wurde für Deutschlands Transformationsgebiet der Weg zurück zu den Wurzeln einer funktionsfähigen Marktwirtschaft über den Verkauf der vormals in staatlicher Hand befindlichen Betriebe und Produktionsstätten an private Interessenten eingeschlagen.

Diese ordnungspolitisch verordnete Aufgabe oblag in Deutschland zu einem großen Teil der Treuhandanstalt. Allerdings wurde die Größe der Aufgabe, eine ganze Volkswirtschaft in historisch kurzer Zeit von vier Jahren zu privatisieren, deutlich unterschätzt. Die Suche nach leistungsstarken Investoren im früheren Bundesgebiet und im Ausland stieß bald auf Grenzen. Die Weltkonjunktur befand sich Anfang der 1990er Jahre in einer Schwächephase, und die Alt-Unternehmen aus dem früheren Bundesgebiet waren in der Lage, die Markterweiterung

2 Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (1990), 229.

3 Am Ende der DDR gab es noch einen kleinen privaten Wirtschaftssektor. Den größten Anteil stellten 82 234 private Handwerksbetriebe, in denen 280 300 Personen Arbeit fanden. Das waren Kleinbetriebe, die im Durchschnitt 3,5 Personen beschäftigten. Ausführlicher dazu vgl. Ludwig (1994), 93–126.

in Richtung Osten mit ihren vorhandenen und nicht ausgelasteten Produktionskapazitäten zu bedienen. Der umweltschädliche und verschlissene Zustand vieler Produktionsanlagen sowie die veralteten Produktangebote ließen keine erfolgversprechende Fortführung der bisherigen Produktion im Beitrittsgebiet zu, und ihre Modernisierung erforderte hohe Kapitaleinsätze. Aber auch die Entstehung neuer Konkurrenz war aus Sicht der auswärtigen Investoren unerwünscht und möglichst von vornherein zu unterbinden. So wurden bis Ende 1994 ganze 2 703 Investoren aus dem früheren Bundesgebiet und 860 aus dem Ausland akquiriert. Damit waren zusammengenommen nur 42% der Objekte, für die überhaupt ein neuer Eigentümer gefunden wurde, privatisiert.

Unter diesen Umständen kamen trotz fehlender Erfahrungen in der Marktwirtschaft und wenig finanzieller Eigenmittel bald auch Interessenten aus dem Beitrittsgebiet als neue Eigentümer an den Betrieben zum Zuge. Es entstand ein in Deutschland bis dahin kaum wahrgenommenes Segment im Unternehmenssektor, das Management-Buy-Out bzw. -Buy-In. Hier hatten ehemalige Betriebsleiter oder leitende Angestellte mit ihren Belegschaften den risikvollen Sprung in die Marktwirtschaft vollzogen. Die Gruppe umfasste 1994 fast 3 000 Unternehmen. Für diese Investoren aus dem Transformationsgebiet war das Wirtschaften in einem neuen, marktwirtschaftlichen Umfeld die entscheidende Herausforderung. Marktwirtschaft erfordert einen neuen Typus an Wirtschaftslenkern. Zugespitzt formuliert musste an die Stelle von Befehlsempfängern⁴ an der Basis einer zentral gesteuerten Planwirtschaft, dem Betrieb, ein eigenverantwortliches und kreatives Unternehmertum in einer Konkurrenzwirtschaft treten. Für das neue Profil waren Lernprozesse im laufenden Geschäftsbetrieb der entscheidende Weg zur Aneignung der fehlenden Führungseigenschaften, und in der Mehrzahl der Fälle waren sie erfolgreich. Davon zeugen hohe Überlebensraten.⁵

Der Verkauf von Produktionsbetrieben, Handelseinrichtungen, Gaststätten und Hotels im Rahmen der großen und kleinen Privatisierung an Ortsansässige bildete den Kern für die Bildung und den Ausbau eines bodenständigen marktwirtschaftlichen Wirtschaftssektors in den Neuen Bundesländern. Innerhalb von vier Jahren sind zwei Drittel der Produktionsstätten im Rahmen der großen Privatisierung an private Eigentümer aus dem In- und Ausland übertragen worden. Unter den neuen Eigentümern waren die gebietsansässigen Ostdeutschen keine Randgruppe, wie von den Medien auch heute noch fälschlicherweise verbreitet,

4 Die Auswüchse in der Wirtschaftspraxis werden in Interviews gleich nach dem Kollaps der DDR-Wirtschaft selbst mit Kombinatdirektoren und Wirtschaftslenkern auf zentraler Ebene anschaulich geschildert. Vgl. Pirker et al (1995).

5 Für den aus der Privatisierung hervorgegangenen eigenständigen Sektor der Management-Buy-Outs vgl. Barjak et al. (1996), 5.

sondern sie stellten etwa die Hälfte der Investoren.⁶ Das Gros unter den neuen Eigentümern aus Ostdeutschland bildeten die Management-Buy-Outs. Dieser Sektor kam 1994 auf 35% der im Rahmen der großen Privatisierung veräußerten Betriebsstätten. Dazu kamen viele Neugründungen, die Weiterführung der in der DDR bis zum Ende ihrer Existenz vorhandenen privaten Handwerksbetriebe, einiger Gärtnereien, Groß- und Einzelhandelsgeschäfte sowie die Rückgabe von Betrieben an die im Jahr 1972 in der DDR enteigneten Alteigentümer.

Der Treuhandanstalt gelang es allerdings nicht, für alle Betriebe bzw. Betriebsstätten der ehemaligen DDR-Wirtschaft neue Eigentümer zu finden. Fast ein Drittel, und das waren 3,7 Mio. Betriebsstätten vor allem in der Industrie, wurden stillgelegt. Hier tat sich früh eine Unternehmens- und Arbeitsplatzlücke auf, die keineswegs durch den anfangs starken Strom von Neugründungen ausgefüllt wurde.

Es dauerte ein ganzes Jahrzehnt bis zum Ende der 1990er Jahre, dass die Unternehmen in der ostdeutschen Transformationswirtschaft im Kostenwettbewerb mit ihren Hauptkonkurrenten auf dem deutschen Markt mithalten konnten. Der Abbau unrentabler Arbeitsplätze zog sich lange hin, sodass der anfangs bestehende große Überhang an Arbeitskosten gegenüber der Arbeitsproduktivität nur schrittweise beseitigt wurde (vgl. Abbildung 1). Allerdings wurden die Fortschritte im Kostenwettbewerb bei Verstärkung der Rückstände hinsichtlich Produktivität und Entlohnung der Beschäftigten im Transformationsgebiet gegenüber dem Westen und Untergrabung der Tarifbindung erreicht. Die ostdeutsche Transformationswirtschaft ist in weiten Teilen ein Gebiet mit unterdurchschnittlicher Produktivität und Entlohnung der Beschäftigten. Den Kern dieser Rückstände bilden strukturelle Besonderheiten des Unternehmenssektors in der ostdeutschen Transformationswirtschaft, die inzwischen gut erforscht sind.⁷ An erster Stelle stehen hier die Kleinteiligkeit der Unternehmen, das Fehlen von Konzernzentralen und die Fremdbestimmtheit der wenigen Großbetriebe. Die ökonomischen und finanziellen Engpässe der Kleinteiligkeit schränken die Investitions- und die Innovationskraft ein.⁸

6 Vgl. IWH (1999), 1842f.

7 Für eine ausführliche Analyse vgl. z. B. DIW Econ (2014).

8 Zum neuesten Stand der Innovationsschwächen vgl. Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) (2020), Kapitel „Innovationsstandort Ostdeutschland – 30 Jahre nach der Wiedervereinigung“, 26ff.

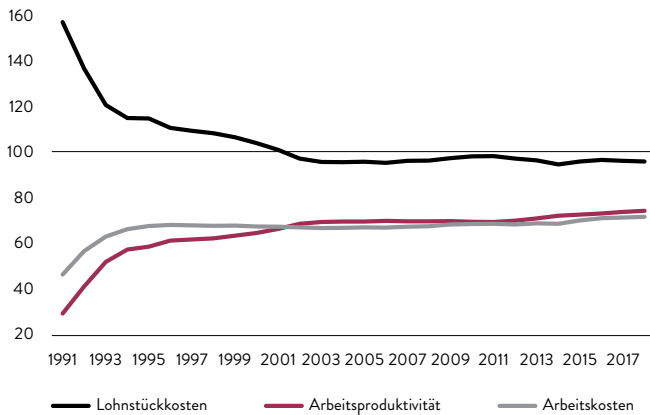


ABBILDUNG 1

LOHNSTÜCKKOSTEN, ARBEITSPRODUKTIVITÄT UND ARBEITSKOSTEN IM UNTERNEHMENSSEKTOR^a DER OSTDEUTSCHEN TRANSFORMATIONSWIRTSCHAFT

in %, Alte Bundesländer = 100

Anmerkung: ^a Gesamtwirtschaft ohne öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit, private Haushalte.

Quellen: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR) der Länder“, Stand November 2019; Berechnungen des Autors.

AUFBAU EINES NEUEN KAPITALSTOCKS

HOHE BAULASTIGKEIT DER ANLAGEINVESTITIONEN

Der Umbau der Wirtschaft auf dem Gebiet der ehemaligen DDR war mit der Erwartung verknüpft, dass unter den neuen ordnungspolitischen Verhältnissen ein kräftiger Wachstumsschub ausgelöst wird, in dessen Gefolge das wirtschaftliche Leistungsniveau in historisch kurzer Zeit an die Standards im Westen herangeführt werden kann. Angesichts der reichlichen Ausstattung des Transformationsgebiets mit dem Faktor Arbeit infolge der Freisetzung einer großen Zahl von Arbeitskräften durch den Abbau unproduktiver Arbeitsplätze avancierte der Aufbau eines modernen Kapitalstocks zum entscheidenden Faktor für das Wachstum der wirtschaftlichen Leistung. Der Staat förderte diesen Prozess, indem er hohe Investitionszulagen und Investitionszuschüsse gewährte und damit die Errichtung einer kapitalintensiven Produktion beförderte.

Der Zustand des in die Vereinigung eingebrachten Kapitalstocks gab allerdings wenig Anlass für die Erwartung schneller Modernisierungserfolge. Die Produktionsanlagen und die Infrastruktur im Beitrittsgebiet waren weitgehend verschlissen und trotz der dort in der jüngeren Vergangenheit realisierten Erneuerungsprogramme in einzelnen Bereichen, beispielsweise beim Aufbau einer eigenen mikroelektronischen Industrie, technisch veraltet und wirtschaftlich wenig leistungsfähig. So war der Bestand an Ausrüstungen in allen großen Wirtschaftsbereichen der DDR 1989 zu deutlich mehr als der Hälfte abgeschrieben, darunter ein Fünftel vollständig.⁹ Die baulichen Anlagen, insbesondere im Bereich der Infrastruktur, waren abgenutzt und teilweise verfallen. Das Produktangebot lag in technischer Hinsicht weit hinter den Standards im Westen, und es wurde zu teuer produziert.

Für die Überwindung der technischen und ökonomischen Rückstände waren produktive Investitionen dringend geboten. So hat der große Nachholbedarf an modernen Produktionsanlagen und an Einrichtungen der Infrastruktur die Investitionstätigkeit in den ersten Jahren des Neuaufbaus der Wirtschaft maßgeblich bestimmt. Allerdings kam die Erneuerung des Produktionsapparates wegen zahlreicher Hindernisse wie ungeklärte Eigentumsverhältnisse, überbeuerte Gewerbeflächen, überforderte Verwaltungen, langwierige Genehmigungs- und Planungsverfahren und mangelhafte Verkehrs- und Kommunikationswege zunächst nur zögerlich in Gang. Unterstützt von großzügigen Förder- und Investitionsprogrammen zog jedoch bereits im Jahr 1992 die öffentliche und private Nachfrage nach Bauinvestitionen zur Modernisierung der Wirtschafts- und Wohngebäude, der Verkehrsverbindungen auf Straße und Schiene sowie der Anlagen der Nachrichtenübermittlung schlagartig an. Die privatisierten und neu gegründeten Unternehmen nahmen Prozess- und Produktinnovationen vor und investierten in die Erneuerung ihrer Produktionsanlagen.

Die Investitionsdynamik war in der ersten Hälfte der 1990er Jahre außergewöhnlich hoch, insbesondere getrieben durch die letztlich überzogene staatliche Förderung bei der Errichtung neuer Wohn- und Wirtschaftsgebäude durch private Investoren. Große Leerstände waren die Folge.¹⁰ Die Überinvestitionen in Wohn- und Gewerbebauten wurden Mitte der 1990er Jahre durch die Reduzierung der staatlichen Förderinstrumente gestoppt. Die Bremswirkung war so stark, dass das Baugewerbe, das vom Bauboom davor massiv profitiert hatte, 15 Jahre brauchte, um seine Kapazität an das sinkende Nachfrageniveau anzupassen. Demgegenüber entwickelten sich die für die Produktivität der Unternehmen und den Kostenwettbewerb zwischen ihnen maßgeblichen

9 Kusch et al. (1991), 54ff.

10 Loose, Ludwig (2006), 575ff.

Investitionen in neue Maschinen, Geräte und sonstige Anlagen trotz der Umsetzung der im Privatisierungsprozess abgegebenen Zusagen der Investoren und der großzügigen staatlichen Förderung privater Investitionsprojekte recht zögerlich.

| | 1991 | 1995 | 2000 | 2005 | 2010 | 2015 | 2016 |
|-------------------------------------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| Investitionsintensität ^a | 65,0 | 156,7 | 114,7 | 89,3 | 84,1 | 77,9 | 83,2 |
| Ausrüstungen ^b | 54,3 | 98,5 | 87,8 | 70,1 | 76,0 | 72,0 | 76,0 |
| Bauten | 76,6 | 204,5 | 144,5 | 113,9 | 93,3 | 84,5 | 91,1 |
| Kapitalintensität ^c | 37,3 | 54,2 | 73,3 | 81,4 | 84,4 | 89,1 | 89,6 |
| Ausrüstungen ^b | 26,2 | 44,5 | 69,8 | 78,2 | 80,8 | 85,0 | 85,2 |
| Bauten | 40,8 | 57,0 | 74,3 | 82,3 | 85,3 | 90,1 | 90,7 |
| Modernitätsgrad | 95,9 | 111,5 | 116,7 | 114,1 | 111,4 | 108,6 | 108,2 |
| Ausrüstungen ^b | 108,1 | 128,0 | 118,4 | 104,0 | 99,7 | 97,4 | 97,2 |
| Bauten | 92,4 | 107,4 | 116,1 | 116,2 | 113,9 | 110,9 | 110,4 |

TABELLE 1

INVESTITIONS- UND KAPITALINTENSITÄT DER OSTDEUTSCHEN TRANSFORMATIONS-
WIRTSCHAFT

Alte Bundesländer = 100

^a Neue Anlagen je Erwerbstätigen zu Wiederbeschaffungspreisen. – ^b Einschließlich sonstiger Anlagen. – ^c Kapitalstock je Erwerbstätigen zu Wiederbeschaffungspreisen.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“; Stand November 2019; Berechnungen des Autors.

Dank des Investitionsschubs stieg die Ausstattung der Arbeitsplätze mit neuen Ausrüstungen und baulichen Anlagen kräftig. Die Investitionsausgaben je Erwerbstätigen übertrafen bald den Stand in den Alten Bundesländern (vgl. Tabelle 1). Allerdings wird der Vorsprung in den 1990er Jahren überzeichnet, da sich dahinter auch ein laufender Abbau unproduktiver Arbeitsplätze im Transformationsgebiet noch bis zum Jahr 2005 verbirgt. Im Westen war dagegen, gemessen an der steigenden Erwerbstätigenzahl, mit den Investitionsausgaben ein Arbeitsplatzaufbau verbunden. Maßgeblich für die höhere Investitionsintensität in der ostdeutschen Transformationswirtschaft waren ausschließlich die Bauinvestitionen. Dagegen erreichte die Investitionsintensität in Ausrüstungen und sonstige Anlagen in keinem Jahr den Stand in den Alten Bundesländern. Insgesamt übertraf sie den Stand im Westen trotz des bald einsetzenden Rückgangs der Bauinvestitionen noch bis zum Jahr 2000. Danach fiel sie bis zum Jahr 2015 dahinter zurück.

MODERNISIERUNGSVORSPRUNG FAST AUFGEBRAUCHT

Über die Neuzugänge an Ausrüstungsgütern und baulichen Anlagen wurde der vorhandene Kapitalstock grundlegend erneuert. Die verschlissenen, unproduktiven Altanlagen wurden schnell massenhaft ausgesondert. Mit dieser Verjüngung übertraf der Kapitalstock in der ostdeutschen Transformationswirtschaft bald auch den Modernitätsgrad der altlastigen, aber immer noch hochproduktiven Bestände im Westen. Allerdings ging der Vorsprung infolge der bis zum Jahr 2010 nachlassenden Investitionen in Gebäude und bauliche Anlagen und der geringen Zuwächse bei der Anschaffung neuer Maschinen, Fahrzeuge und sonstigen Anlagen schon seit Mitte der 1990er Jahre langsam verloren. Insbesondere die schleppende Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen trug zum Rückgang des Modernitätsgrades des Kapitalstocks seit dem Jahr 2000 bei. Seit dem Jahr 2010 ist auch der Modernisierungsvorsprung des Ausrüstungsbestandes gegenüber dem Westen verschwunden. Der Modernitätsgrad des baulichen Anlagevermögens übertrifft den westdeutschen Stand immer noch um 10%, obwohl die Zuwächse der Bauinvestitionen auch nach dem Jahr 2010 hinter die Dynamik im Westen zurückfielen (vgl. Abbildung 2).

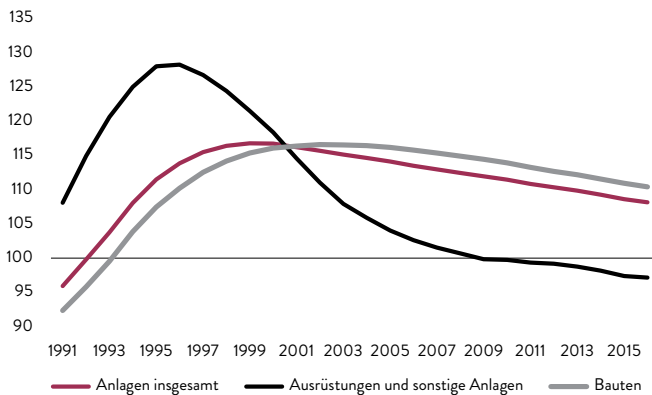


ABBILDUNG 2

MODERNITÄTSGRAD DER PRODUKTIONSANLAGEN IN DER OSTDEUTSCHEN TRANSFORMATIONSWIRTSCHAFT^a

Alte Bundesländer = 100

Anmerkung: ^a Verhältnis von Netto- zum Bruttoanlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen (Bestand am Jahresende).

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Stand November 2019); Berechnungen des Autors.

Der Verlust des erzielten Modernisierungsvorsprungs der Produktionsanlagen gegenüber dem Westen mindert die Chancen, in *absehbarer* Zeit den Leistungsrückstand der ostdeutschen Transformationswirtschaft einzuebnen.

NACHHOLENDES WACHSTUM, VORAUSEILENDER KONSUM, STÜTZENDE TRANSFERS

WACHSTUMSVORSPRUNG DER PRODUKTION VON KURZER DAUER

In der Phase des Übergangs von der zusammenbrechenden planwirtschaftlichen Ordnung und der Aneignung der Verhältnisse einer sozialen Marktwirtschaft fiel die gesamtwirtschaftliche Leistung im Beitrittsgebiet 1990/1991 drastisch.¹¹ Die deutsch-deutsche Währungs- und Wirtschaftsunion hatte die Ineffizienzen der DDR-Wirtschaft unter marktwirtschaftlichen Verhältnissen schlagartig offengelegt, dazu einen Kostenschock für die Wirtschaft infolge der Aufwertung der DDR-Mark beim Währungsumtausch ausgelöst, der durch Lohnsteigerungen noch verstärkt worden war. Die Absatzmärkte in den früheren mittel- und osteuropäischen Partnerländern und im Beitrittsgebiet brachen ein, nicht zuletzt auch wegen der fehlenden Konkurrenzfähigkeit der eigenen Produktangebote bei offenen Märkten.

Gestützt auf das aus der Privatisierung der ehemaligen Staatsbetriebe und aus Neugründungen hervorgegangene neue, marktorientierte Unternehmertum, die einsetzende Modernisierung der Produktionsstätten und Produktangebote sowie die vom Staat initiierte Erneuerung und der Ausbau der Infrastruktur überwand die Wirtschaft jedoch bald die Bruchstelle.¹² Allmählich setzten sich neue, am Wandel der in- und ausländischen Märkte orientierte Produktionsaktivitäten durch. Die Zuwachsraten der Produktion in der ostdeutschen Transformationswirtschaft waren – auch wegen des niedrigen Ausgangsniveaus im Jahr 1991 – zunächst kräftig und übertrafen die im früheren Bundesgebiet deutlich. Das Wachstumstempo blieb selbst dann hoch, als die vereinigungsbedingte Sonderkonjunktur für das frühere

-
- 11 Das Ausmaß des Rückgangs ist umstritten, da die Höhe des Bruttoinlandsprodukts im Beitrittsgebiet erst ab dem zweiten Halbjahr 1990 zu Marktpreisen in D-Mark vorliegt. Für die Zeit davor gibt es Schätzungen, die einen Einbruch des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 1991 gegenüber dem letzten vollständigen Jahr der DDR 1989 zwischen einem Drittel (DIW, 1999) und einem Fünftel (Heske, 2005) ergeben.
- 12 In der internationalen Literatur zur Transformation der Wirtschaftssysteme wird diese kurz oder länger anhaltende Phase als Transformationskrise bezeichnet. Vgl. Kornai (1994), 40.

Bundesgebiet auslief und die Alten Bundesländer von der Rezession in den westlichen Industrieländern zeitlich verzögert 1992/1993 erfasst worden waren. Der Neuaufbau der Wirtschaft im Beitrittsgebiet hatte sich in dieser Phase von der allgemeinen Konjunktur in Deutschland abgekoppelt (vgl. Abbildung 3).

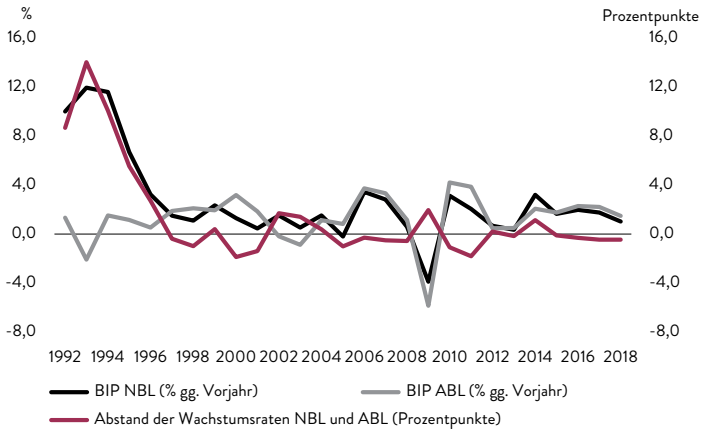


ABBILDUNG 3

WACHSTUMSVORSPRUNG DER OSTDEUTSCHEN TRANSFORMATIONSWIRTSCHAFT GEGENÜBER DEN ALTEN BUNDESLÄNDERN^a

Anmerkung: Wachstumsraten in % zum Vorjahr bzw. Wachstumsvorsprung in Prozentpunkten, ^a NBL = Neue Bundesländer (ohne Berlin); ABL = Alte Bundesländer (mit Berlin).

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“, Stand November 2019; Berechnungen des Autors.

Aufholende Volkswirtschaften oder Regionen müssen schneller wachsen als ihre Vorbilder. Bereits in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre begannen sich jedoch die Wachstumsverläufe in der ostdeutschen Transformationswirtschaft und in den Alten Bundesländern einander anzunähern. Das mit der Konsolidierung der neuen ordnungsökonomischen Verhältnisse erwartete Einschwenken der Neuen Bundesländer auf einen steilen Aufholpfad hielt nicht lange an. Er flachte bald ab. Mit dem Verlust des Wachstumsvorsprungs in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre stockte auch der Aufholprozess.¹³ Erst während der konjunkturellen Flaute der deutschen Wirtschaft nach dem Boom im Jahr 2000, von der die Alten

13 Der Sachverständigenrat (SVR) brachte diesen Sachverhalt auf den Punkt, als er 1999 feststellte: „Allerdings ist der Aufholprozess mittlerweile ins Stocken geraten.“ Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (1999), 72.

Bundesländer infolge ihrer größeren Abhängigkeit von der Weltwirtschaft stärker betroffen waren, nahm der Aufholprozess vorübergehend wieder ein wenig Fahrt auf. Während der großen Rezession im Gefolge der Finanzkrise 2008/2009 stürzte die Produktion in beiden Gebietsteilen ab, im Westen infolge der ausgeprägten Exportabhängigkeit etwas tiefer als in der ostdeutschen Transformationswirtschaft. Dagegen griff der wirtschaftliche Aufschwung im Anschluss daran aus demselben Grund etwas schneller in den Alten Bundesländern. Mit der voranschreitenden Integration der ostdeutschen Transformationswirtschaft in den gesamtdeutschen Produktionsverbund ist ihr Wachstumsvorsprung generell geschwunden. Allerdings lässt sich infolge des anhaltenden Bevölkerungsrückgangs im ostdeutschen Transformationsgebiet noch eine geringfügige Verkürzung des Abstandes in der Pro-Kopf-Produktion gegenüber den Alten Bundesländern in Trippelschritten beobachten.

SPÄTE TRANSFORMATIONSBEDINGTE WENDE AM ARBEITSMARKT

Trotz des über ein Jahrzehnt währenden Anstiegs der gesamtwirtschaftlichen Produktion in der ostdeutschen Transformationswirtschaft trat die Wende am Arbeitsmarkt erst im Jahr 2006 ein, als die Anzahl der Erwerbstätigen zum ersten Mal seit der Wiederherstellung des vereinten Deutschlands stieg. Bis zu diesem Wendepunkt, an dem im Zuge der wirtschaftlichen Transformation der Aufbau neuer Beschäftigungsverhältnisse den Abbau unproduktiver Arbeitsplätze erstmalig überwog, dürften sich die marktwirtschaftlichen Verhältnisse konsolidiert haben. Am Tiefpunkt der Beschäftigung im Jahr 2005 waren 6,1 Millionen Einwohner aus den Neuen Bundesländern vor Ort oder als Pendler außerhalb des Gebiets erwerbstätig. In den Neuen Bundesländern reichte jedoch das Arbeitsplatzangebot nur für 5,7 Millionen Personen (vgl. Tabelle 2). Nach dem massiven Arbeitsplatzabbau in der Transformationskrise war es gegenüber 1991 um weitere 1,1 Millionen Beschäftigungsverhältnisse gesunken. Entsprechend tief auf 45,8% war die Erwerbsbeteiligung, gemessen am Anteil der Erwerbstätigen an der Einwohnerzahl, gefallen. Sie ist zwar im folgenden Jahrzehnt dank steigender Erwerbstätigkeit auf rund 50% gestiegen, allerdings hat sich in dieser Zeit auch die Einwohnerzahl um weitere 0,7 Millionen Personen verringert. Der Beschäftigungsgrad hat gegenüber den Alten Bundesländern nicht weiter aufgeholt, obwohl dies angesichts der dort steigenden Erwerbsbeteiligung als auch der Einwohnerzahl hätte erwartet werden können.

Der Aufbau neuer, produktiver Arbeitsplätze hatte lange nicht mit dem massiven Abbau unrentabler Arbeitsplätze Schritt gehalten, und sehr viele Beschäftigungswünsche – vor allem der Frauen – blieben unerfüllt. Zur Entlastung des Arbeitsmarktes kamen frühzeitig Altersübergangs- und Vorruhestandsregelungen zum Einsatz, die in der Spitze 1992 und 1993 jeweils knapp eine Million Personen

| | | 1991 | 1995 | 2000 | 2005 | 2010 | 2015 | 2018* |
|---|------------------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| Niveaugrößen | | | | | | | | |
| Einwohner | in 1 000 Pers. | 14 625 | 14 152 | 13 788 | 13 219 | 12 677 | 12 551 | 12 551 |
| BIP nominal | in Mio. Euro | 107 373 | 206 981 | 231 439 | 253 211 | 285 630 | 337 297 | 372 308 |
| Erwerbstätige Inland | in 1 000 Pers. | 6 787 | 6 105 | 6 008 | 5 670 | 5 882 | 5 892 | 6 017 |
| | in Mio. Std. | – | – | 9 378 | 8 545 | 8 622 | 8 445 | 8 543 |
| Erwerbstätige Inländer | in 1 000 Pers. | 6 994 | 6 320 | 6 358 | 6 059 | 6 294 | 6 258 | 6 330 |
| Pendlersaldo | in 1 000 Pers. | –207 | –215 | –350 | –389 | –412 | –365 | –346 |
| Beschäftigungsgrad | in % | 47,8 | 44,7 | 46,1 | 45,8 | 49,7 | 49,9 | 50,3 |
| Arbeitslose | in 1 000 Pers. | 826 | 971 | 1 244 | 1 295 | 780 | 579 | 425 |
| Erwerbspersonen | in 1 000 Pers. | 7 820 | 7 291 | 7 602 | 7 354 | 7 074 | 6 837 | 6 799 |
| Arbeitslosenquote | in % | 10,6 | 13,3 | 16,4 | 17,6 | 11,0 | 8,5 | 6,9 |
| Pro-Kopf-Produktion | in Euro je Einw. | 7 342 | 14 626 | 16 785 | 19 155 | 22 532 | 26 873 | 29 664 |
| Arbeitsproduktivität | in Euro je Pers. | 15 821 | 33 906 | 38 519 | 44 659 | 48 560 | 57 243 | 61 874 |
| | in Euro je Std. | – | – | 24,7 | 29,6 | 33,1 | 39,9 | 43,6 |
| Verhältnis Neue zu Alte Bundesländer in % | | | | | | | | |
| Pro-Kopf-Produktion | | 32,6 | 58,1 | 60,3 | 63,7 | 66,4 | 68,5 | 69,2 |
| Arbeitsproduktivität | <i>Basis:</i> | | | | | | | |
| | Personen | 34,4 | 63,8 | 69,3 | 73,4 | 74,4 | 78,5 | 79,7 |
| | Stunden | – | – | 63,6 | 68,0 | 69,9 | 74,5 | 76,0 |
| Beschäftigungsgrad | | 98,1 | 95,0 | 93,3 | 94,2 | 96,8 | 94,6 | 93,2 |
| Arbeitslosenquote | | 199,9 | 172,6 | 223,1 | 181,4 | 166,6 | 152,7 | 133,5 |

* Kursive Werte: Angaben für 2017.

TABELLE 2

EINWOHNER, PRODUKTION, BESCHÄFTIGUNG UND PRODUKTIVITÄT IN DER OSTDEUTSCHEN TRANSFORMATIONSWIRTSCHAFT^A

Anmerkung: ^a Neue Bundesländer (ohne Berlin).

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“, Stand November 2019; Berechnungen des Autors.

dem Arbeitsmarkt entzogen. Weitere Entlastungen gingen von den Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik aus. Trotzdem überstieg allein die registrierte Arbeitslosigkeit nach 1995 die Millionenmarke, und die Arbeitslosenquote war lange Zeit doppelt so hoch wie in den Alten Bundesländern. Hinzu kamen die nach Arbeit suchenden Personen, die in Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung, der Strukturanpassung sowie der Fortbildung und Umschulung erfasst wurden und die wahre Höhe der Unterbeschäftigung verdeckten. Die Arbeitsplatzlücke in der ostdeutschen Transformationswirtschaft lag dementsprechend im Jahr 2003 bei zwei Millionen Personen.¹⁴ In den folgenden Jahren hat sie sich mit dem Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung und dem Aufbau regulärer Beschäftigung

14 Vgl. Brautzsch (2004).

etwa halbiert. Zehn Jahre nach der transformationsbedingten Wende am Arbeitsmarkt übertraf die Arbeitslosenquote den Stand in den Alten Bundesländern aber immer noch um mehr als die Hälfte, obwohl vor allem im Gefolge des Geburtendefizits in den Neuen Bundesländern immer weniger Personen auf den Arbeitsmarkt drängten und die Beschäftigungschancen der nachrückenden Jahrgänge stiegen. Inzwischen liegt die Arbeitslosenquote nur noch um ein Drittel über dem westdeutschen Stand. Von allen Arbeitslosen in Deutschland waren im Jahr 2018 gut 18% in den Neuen Bundesländern (ohne Berlin) bei einem Bevölkerungsanteil von 15% registriert.

GESPALTENE ANGLEICHUNG ZWISCHEN WOHLSTANDSVERHÄLTNISSEN UND WIRTSCHAFTSLEISTUNG

Während die deutsch-deutsche Währungs- und Wirtschaftsunion einen radikalen Umbruch der Produktionsweise in der ostdeutschen Transformationswirtschaft mit massiven Einschnitten bei Produktion und Beschäftigung eingeleitet hatte, wurde das materielle Wohlstandsniveau in den Neuen Bundesländern von Anfang an aus politischen Gründen gestützt: Die Konditionen des Währungsumtauschs garantierten den relativ wenigen verbliebenen Arbeitsplatzbesitzern solide Arbeitseinkommen, und sie verhinderten die Entwertung vieler Sparguthaben. Die sozialen Sicherungssysteme und die Arbeitsmarktpolitik federten in der Folgezeit die Einkommensverluste infolge des radikalen Beschäftigungsabbaus ab. Gemessen an den Konsumausgaben ist der Aufholprozess der Neuen Bundesländer im Bereich der Wohlstandsverhältnisse viel weiter vorangeschritten als im Bereich der wirtschaftlichen Leistung. Die privaten Haushalte haben ihre Konsumausgaben je Einwohner inzwischen zu 86% dem Westniveau angeglichen.

Die Sicherung des Lebensstandards beruht neben den vor Ort erwirtschafteten Löhnen, Gehältern und Gewinnen sowie den Einkommen der Pendler zu einem guten Teil auf den umfangreichen Transferleistungen über die Sozialversicherungssysteme. So liegen die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner über dem durch sie erwirtschafteten Teil, und die Angleichung an das Niveau in den Alten Bundesländern erreichte zuletzt 85%. So können sie bei einer Produktion pro Einwohner von 69% des Westniveaus bzw. pro Erwerbstätigen von rund 80% im Durchschnitt relativ mehr konsumieren, als sie selbst an Einkommen produzieren (vgl. Abbildung 4). Berücksichtigt man die höhere Kaufkraft des Euro im Transformationsgebiet, so fällt die Angleichung im privaten Konsumbereich um einige wenige Prozentpunkte höher aus.

Die Angleichung der Konsumverhältnisse ist im Bereich der vom Staat gewährten unentgeltlichen Dienstleistungen und sozialen Sachtransfers noch viel weiter gediehen. Seit Mitte der 1990er Jahre nimmt ein Einwohner in den Neuen

Bundesländern im Schnitt wertmäßig etwa so viele staatliche Leistungen, gemessen am Staatskonsum, in Anspruch wie in den Alten Bundesländern. Die Schere zwischen der erbrachten Leistung je Einwohner bzw. Erwerbstätigen im Transformationsgebiet und dem Konsum insgesamt ist damit noch größer als bezogen auf die privaten Haushalte.

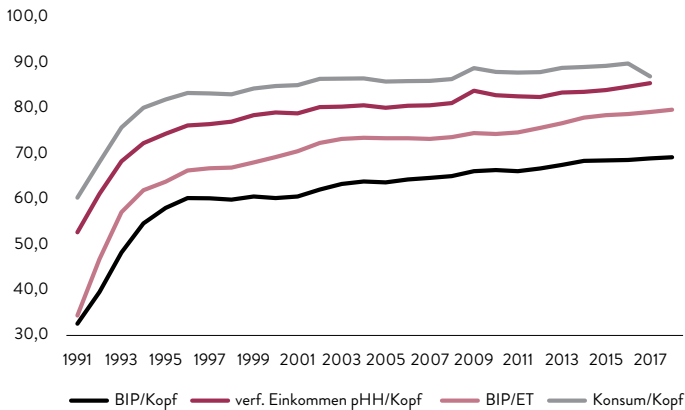


ABBILDUNG 4

EINKOMMEN UND KONSUM PRO KOPF IN DER OSTDEUTSCHEN TRANSFORMATIONS-WIRTSCHAFT* IM VERGLEICH MIT DEN ALTEN BUNDESLÄNDERN

Alte Bundesländer (mit Berlin) = 100

Anmerkung: * Neue Bundesländer (ohne Berlin).

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“, Stand November 2019; Berechnungen des Autors.

PASSIVE REGIONALE LEISTUNGSBILANZ

Solange die Wirtschaft und die Bevölkerung im Transformationsgebiet mehr an Gütern verbrauchen, als sie selbst an Einkommen schaffen, besteht ein makroökonomisches Ungleichgewicht zwischen Produktion und Absorption. Die regionale Leistungsbilanz weist damit ein Defizit auf. Der Ausgleich wird durch einen Importüberschuss an Waren und Dienstleistungen hergestellt, der per saldo durch private und öffentliche Transfers von West nach Ost finanziert wird. So kann der Einkommens- und Güterkreislauf in der Region durch Zuführungen von außen aufrechterhalten und der Mehrverbrauch beglichen werden.

Das Ungleichgewicht zwischen Produktion und Absorption ist letztlich Ausdruck einer Produktionslücke in der ostdeutschen Transformationswirtschaft, die sich im Zuge des marktwirtschaftlichen Umbaus der Altbetriebe und des Neuaufbaus einer Unternehmerschaft aufgetan hatte. Diese Lücke ist zwar seit 1992 dank des schneller wachsenden Bruttoinlandsprodukts als die Inlandsnachfrage absolut und relativ deutlich kleiner geworden. Aber auch nach fast 30 Jahren wirtschaftlicher Entwicklung reichen Größe und Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmenssektors in der ostdeutschen Transformationswirtschaft nicht aus, um die Nachfrage im einheimischen Markt vollständig zu bedienen (vgl. Tabelle 3). Im Gefolge der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 hatte sich die Lücke sogar vorübergehend vergrößert und ist erst nach sechs Jahren Pause ab 2014 auf den sinkenden Pfad zurückgekehrt. Die Produktionslücke ist mit reichlich 40 Mrd. Euro pro Jahr kein Bagatelldelikt in der gesamtwirtschaftlichen Buchhaltung, und ihr Ausgleich über Importe muss finanziell immer wieder aus dem Steuer- und Beitragsaufkommen im Westen abgezweigt werden. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt der Alten Bundesländer beläuft sich der jährliche Ausgleich aktuell auf rund 1,5%, nach reichlich 6% in der ersten Hälfte der 1990er Jahre.

Der Defizitabbau in der regionalen Leistungsbilanz der ostdeutschen Transformationswirtschaft ist vor allem eine Folge der relativ gesunkenen Konsumlastigkeit der Nachfrage. Der private Konsum entsprach zu Beginn der 1990er Jahre infolge der politisch gewollten finanziellen Stützung des materiellen Wohlstandsniveaus fast einem in der Region geschaffenen jährlichen Bruttoinlandsprodukt. Zusammen mit dem Staatskonsum lag die Konsumquote anfangs sogar bei 131% des regionalen Bruttoinlandsprodukts. Zuletzt ist sie auf 92% des Bruttoinlandsprodukts der Neuen Bundesländer (ohne Berlin) gesunken. Die Konsumlastigkeit der jährlichen Verwendung des Bruttoinlandsprodukts übertrifft damit den Stand in den Alten Bundesländern immer noch um 22 Prozentpunkte.

Die Modernisierung des Produktionsapparates absorbierte hingegen in den ersten Jahren nur knapp die Hälfte des regionalen Bruttoinlandsprodukts. Die anfangs vor allem baubestimmte Investitionsquote ging mit der einsetzenden Baukrise bereits in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zurück. Nach der Überwindung der Krise pendelte sie sich bei 20% ein. Das entspricht in etwa dem Stand in den Alten Bundesländern. Damit versiegte aber auch eine wichtige Voraussetzung für aufholendes Wirtschaftswachstum kapitalintensiver Art.

| | 1991 | 1995 | 2000 | 2005 | 2010 | 2015 | 2016 |
|-------------------------------------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| privater Konsum | 92,5 | 71,0 | 73,4 | 71,8 | 69,0 | 65,2 | 64,9 |
| Staatskonsum | 38,7 | 31,4 | 28,9 | 27,0 | 27,2 | 26,7 | 26,9 |
| Anlageinvestitionen | 44,3 | 49,5 | 35,5 | 22,7 | 21,7 | 19,7 | 21,1 |
| neue Ausrüstungen ^b | 20,0 | 14,6 | 14,9 | 10,5 | 11,1 | 10,2 | 10,7 |
| neue Bauten | 25,0 | 35,5 | 21,2 | 12,7 | 11,2 | 10,2 | 11,1 |
| Inlandsnachfrage insg. ^c | 175,4 | 151,9 | 137,8 | 121,5 | 117,8 | 111,5 | 112,9 |
| Saldo ^d | -75,4 | -51,9 | -37,8 | -21,5 | -17,8 | -11,5 | -12,9 |

TABELLE 3**PRODUKTION UND ABSORPTION IN DER OSTDEUTSCHEN TRANSFORMATIONS-
WIRTSCHAFT^A**

Bruttoinlandsprodukt = 100

Anmerkung: ^a Neue Bundesländer (ohne Berlin). – ^b Einschließlich sonstiger Anlagen. – ^c Inlandsnachfrage ohne Vorratsveränderungen. – ^d Saldo von Bruttoinlandsprodukt und Inlandsnachfrage.Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“¹⁵, Stand November 2019; Berechnungen des Autors.

FAZIT

Trotz unübersehbarer Fortschritte liegt die ostdeutsche Transformationswirtschaft auch nach fast 30 Jahren des Neuaufbaus deutlich hinter dem Westen bei zentralen Größen von Produktion, erwirtschaftetem Einkommen und Beschäftigung zurück. Infolge struktureller Hemmnisse insbesondere im Unternehmenssektor verfestigen sich die Rückstände. Die anfänglichen Wachstums- und Modernisierungsvorsprünge sind dahin und der Aufholprozess erhält kaum noch Impulse.

Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene trägt sich der Wirtschaftskreislauf nach wie vor nicht selbst. Er muss Jahr für Jahr finanziell durch milliardenschwere West-Ost-Transfers vor allem aus den öffentlichen Haushalten und güterseitig im Wesentlichen durch Lieferungen aus den Alten Bundesländern in Gang gehalten werden. Die Transfers sind keine Bagatelgröße, sie dürfen aber auch nicht nur als Negativposten angesehen werden. Sie gleichen nicht nur die Finanzierungslücke aus, sondern stoßen zugleich Nachfrage und Produktion der Anbieter vor Ort an.¹⁵ Ihr Umfang ist tendenziell seit 1995 gestiegen.¹⁶ Projektionen bis zum Jahr 2020, die keine externen Schocks wie die Virus-Pandemie annahmen, sehen keine Tendenzende vor.¹⁷

15 Vgl. Lehmann, Ludwig, Ragnitz (2005).

16 Vgl. Blum et al. (2009), 118.

17 Vgl. Kloß, Lehmann, Ragnitz, Untiedt (2012), 66.

LITERATURVERZEICHNIS

- Barjak, Franz; Heimpold, Gerhard; Junkernheinrich, Martin; Loose, Brigitte; Skopp, Robert:* Management-Buy-Outs in Ostdeutschland. Kurzfassung der Ergebnisse. Institut für Wirtschaftsforschung Halle (Hrsg.), Halle (Saale) 1996.
- Blum, U.; Ragnitz, J.; Freye, S.; Scharfe, S.; Schneider, L.:* Regionalisierung öffentlicher Ausgaben und Einnahmen. Eine Untersuchung am Beispiel der Neuen Länder. IWH-Sonderheft 4/2009, Halle (Saale) 2009.
- Brautzsch, Hans-Ulrich:* „Arbeitsplatzlücke“ im Osten fast doppelt so hoch wie im Westen, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel*, Jg. 10 (11), 2004, 295–300.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin):* Vierteljährliche Zeitreihen für Deutschland, Westdeutschland, Ostdeutschland, Berlin 1999.
- DIW Econ:* Kleinteiligkeit der ostdeutschen Wirtschaft. Wachstumshemmnisse für ostdeutsche Unternehmen. Berlin 2014.
- Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI):* Gutachten 2020 zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands. Berlin 2020.
- Heske, Gerhard:* Bruttoinlandsprodukt, Verbrauch und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland 1970–2000. Neue Ergebnisse einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, in: Zentrum für Historische Sozialforschung (Hrsg.), Supplement Nr. 17, Köln 2005, 263.
- Institut für Wirtschaftsforschung Halle:* Eigentums- und Vermögensstrukturen in den neuen Bundesländern, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, Band III/2, Frankfurt am Main 1999.
- Kloß, M.; Lehmann, R.; Ragnitz, J.; Untiedt, G.:* Auswirkungen veränderter Transferzahlungen auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der ostdeutschen Länder. ifo Dresden: Studien 63, Dresden 2012.
- Kusch, G.; Montag, R.; Specht, G.; Wetzker, K.:* Schlussbilanz – DDR. Fazit einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik. Berlin 1991.
- Kornai, Janos:* Transformational Recession: The Main Causes, in: *Journal of Comparative Economics*, Vol. 19, 1994.
- Lehmann, H.; Ludwig, U.; Ragnitz, J.:* Originäre Wirtschaftskraft der Neuen Länder noch schwächer als bisher angenommen, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel*, Jg. 11 (5), 2005, 134–145.
- Loose, B.; Ludwig, U.:* Ostdeutsches Baugewerbe auf der Suche nach dem rechten Platz, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 10, 2006, 575ff.
- Ludwig, Udo:* Wandel der Arbeitsplatzstruktur in der ehemaligen DDR bis zur Vereinigung, in: H. G. Merk (Hrsg.): *Wirtschaftsstruktur und Arbeitsplätze im Wandel der Zeit*, Wiesbaden, 1994.
- Pirker, Theo et al.:* Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR, Opladen 1995.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung:* Auf dem Wege zur wirtschaftlichen Einheit Deutschlands. Jahresgutachten 1990/91, Stuttgart 1990.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung:* Wirtschaftspolitik unter Reformdruck. Jahresgutachten 1999/2000, Stuttgart 1999.
- Vertrag der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Einigungsvertrag), 31.08.1990.

